

Bezugspreis:
Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,00 M.
frei ins Haus, portofrei zahlbar.
Postbezug: Monatlich 1,00 M., einjährig 10,00 M.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 3. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Internat.
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Wels über das Regierungsprogramm. Die Aussprache der Parteien.

Die große Debatte über die programmatische Erklärung der neuen Reichsregierung hat gestern begonnen und ist durch eine Rede des Genossen Otto Wels eingeleitet worden.

Es ist dies einmal eine Frage der politischen Moral, die wir an unsere Koalitionsgenossen richten dürfen, mit denen wir gewillt sind, loyal und ohne Hintergedanken zusammenzuarbeiten zur Rettung des deutschen Volkes.

Die Rede des Abg. Becker-Urnberg bot über die diesbezüglichen Absichten des Zentrums keinen bestimmten Anhaltspunkt; es sei denn, daß wir in der Bestimmung eines Arbeitervertreters als Fraktionsredner ein günstiges Zeichen erblicken dürfen.

Die Rede Rathenaus war kurz, aber um so größer war der Eindruck, den sie erweckte. Und, worauf es in dieser Stunde besonders ankommt, ihre Wirkung auf das Ausland wird zweifellos eine noch größere sein.

lichen Staatsmanns in Deutschland nicht gehört hatte und die deutliches Unbehagen auf der äußersten Rechten hervorriefen.

Mögen alle Parteien, auf deren Schultern die ungeheure Verantwortung der Rettung des deutschen Volkes ruht, den durch ihre eigenen führenden Köpfe im Kabinett glücklich eingeschlagenen Kurs fortsetzen helfen.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags-Sitzung stehen zunächst eine demokratische Interpellation über Oberschlesien, ferner Interpellationen der Deutschnationalen Volkspartei über Beamtenfragen, die von der Regierung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden sollen.

Der Ausschuss für Volkswirtschaft hat einen Teil der Anträge zur Erwerbslosenfürsorge erledigt und schlägt eine Entschärfung vor, den mehr als 28 Wochen Erwerbslosen von den Gemeinden eine besondere Beihilfe zu gewähren, besonders zur Anschaffung von Kleidung und Schuhwerk.

Abg. Brandes (U. Soz.) als Berichterstatter stellt fest, daß der Ausschuss einstimmig hinter diesen Vorschlag steht.

Die Anträge werden debattelos einstimmig angenommen.

Besprechung der Regierungserklärung werden verbunden die kommunistischen und unabhängig-sozialistischen Anträge auf Gewährung einer Amnestie und Befreiung der Sondergerichte.

Die Erklärung der Reichsregierung brachte die völlige Unterwerfung unter den Zwang der Verhältnisse zum Ausdruck. So vollständig und deutlich ist das noch von keiner Regierung geschehen und konnte auch bisher nicht geschehen.

Die Presse der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen stellt unser Volk wegen der notgedrungenen Unterwerfung als ein Volk der Vöge und das Kabinett Wirth als „Kabinett der Vöge“ hin.

Die Presse der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen stellt unser Volk wegen der notgedrungenen Unterwerfung als ein Volk der Vöge und das Kabinett Wirth als „Kabinett der Vöge“ hin.

Scheint nun endlich in Gang kommen zu wollen. Wir bedauern nur, daß die Regierung sich nicht längst dazu entschlossen hat, ehe sie vom Ausland gezwungen war.

Die rücksichtslose Durchführung der Entwaffnung ist dringendes Gebot, auch in unserem eigenen Interesse. Nach allgemeinem Urteil hat sich die Regierung allzulange die Diktatur der Condottieri der Einwohnerwehr gefallen lassen.

Die Freiwilligen sollen sich beim Hauptmann Dietrich, dem Führer der Berliner Ortschaft, melden.

Die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatus sind hart und drückend.

Die bisher in allen politischen Prozessen versagt hat, und wir erwarten die Gleichstellung der Frau in der Rechtspflege und die Strafrechtsreform.

Größere Deutlichkeit hätte ich vom Herrn Reichskanzler gewünscht in dem Programm der Ausbringung der notwendigen Mittel.

Die kleineren Rentner, deren Vermögen in Papier besteht, sind von den Steuern hart betroffen worden, nicht aber die großen Sachwerte.

Verwässerung der Aktienkapitalien muß durch Gesetz verhindert werden. Aus kapitalistischem Solidaritätsgefühl fordert die Entente den Ertrag der 20proz. Ausfuhrabgabe an die Exporteure. Das ist eine überflüssige Einmischung, mit dem Ziel, die deutsche Ausfuhr zu erschweren und konkurrenzunfähig zu machen. Die Folge wäre, daß das Reich um so leistungsfähiger wird, je leistungsfähiger die Volkswirtschaft wäre. In dieser Frage muß die Regierung eine durchgreifende Regelung erzielen. Noch vor einem Jahr erklärte Stresemann: Ob die Sozialdemokratie an der Regierung teilnimmt, entscheiden wir. (Hört, hört! links.) Heute sagt er, die Zentrumspartei hätte die Entscheidung darüber. Damit kennzeichnet er die Lage richtig. Die Zentrumspartei hat eine große Verantwortung. Herr Stresemann hat sich auch auf ein Gutachten des Auslandes bezogen, das angeblich auf die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei großen Wert legt. Wenn ich im Tone der volksparteilichen Blätter reden möchte, so würde ich sagen: Stresemann hat sich damit als Entente-Agent erwiesen. Die Sozialdemokratie betrachtet das Kabinett Wirth auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten. Bisher fehlt ein Ratswies, daß die Kreise der Rechten zu Opfern bereit sind, die Neben von der Einmütigkeit sind ja sehr schön, aber es wäre besser gewesen, wenn man sich früher danach gerichtet hätte. Wir Sozialdemokraten haben während des Krieges einem uns tödlich verhassten System alle Mittel bewilligt, haben

#### das Opfer der Einheit unjener Partei

gebracht, haben uns später den 10proz. Lohnabzug und andere Härten gefallen lassen um des Wohles des deutschen Volkes willen. Die Herren von der Deutschen Volkspartei aber haben gute Geschäfte gemacht. Herr Stresemann hat die Friedensresolution befürwortet und im letzten Moment es mit der Angst bekommen, genau so hat er es beim Ultimatum gemacht. Und auf uns, die wir den Mut zur Verantwortung und Konsequenz hatten, wird von seiner Presse jetzt jeder Schimpf gehäuft. Jetzt aber ist für die, die niemals den Mut zur Verantwortung aufbrachten, kein Raum in der Regierung. Die Regierung muß von denen geführt werden, die den Mut zur Verantwortung hatten. Wir Sozialdemokraten haben zum Kabinett Wirth das Vertrauen, daß es eine Politik führt zum Wohle der breiten Massen. Kommunisten und Deutschnationalen wollen aufs neue das Schicksal herausfordern und alles auf eine Karte setzen. Jeder kommunistische Anführer stellt sich heute in Versammlungen hin und sagt: „Ich habe es gemacht!“ Das Wort Hutens lautet aber: „Ich hab's gemacht mit Sinnen!“ Das können nun Kommunisten und Deutschnationalen nicht von sich behaupten. Die Herren von der Rechten wollten eben, wie sie sagen, „lieber in Schönheit sterben“, als ehelos weiterleben, und Dichter, wie Max Beyer, beschimpfen das deutsche Volk als ehelos. Solche Phrasenreden laßt das deutsche Volk nur aus. Das deutsche Volk ist entschlossen, den Weg zu gehen, der nicht zum Untergang, sondern zu neuem Leben führt. Ich lasse es dahingestellt sein, ob Deutschland, wenn es entscheidend gesiegt hätte, auf dem Wege der Großmut und Mäßigung schon weiter wäre, als jetzt Frankreich. (Sehr richtig! links. — Pluruse rechts.) Ein solcher Geist, wie er kürzlich in der Versammlung des Nationalverbandes Deutscher Offiziere zum Ausdruck kam, läßt nicht darauf schließen. Dort sagte ein Oberfeuerwerksmaat Rissen: Keiner der Engländer, die zum Kriegsverbrecherprozeß nach Leipzig fahren, hätte Leipzig lebend erreichen dürfen. Wir fordern von der Reichsregierung sofortige Maßnahmen gegen diese politische Bodenvergiftung. Die Anzeichen der Besserung in Frankreich überschätzen wir nicht; es ist ja

#### das Frankreich der Bourgeoisie.

Aber diese Bourgeoisie beginnt jetzt wenigstens zu rechnen. Das ist immer noch besser, als das revanchedürstige Kleinbürgertum. Die Welt würde sich ändern, wenn Frankreich sich entschließen würde, die Sanktionen zurückzunehmen und Oberschleusen der Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wir sind gewiß für gute Beziehungen zu England, aber die die Ruhe Europas liegt letzten Endes doch bei dem guten Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Das Wirtschaftsabkommen mit Rußland begrüßen wir und wünschen seine loyale Ausführung ohne gegenseitige Einmischung in innere Angelegenheiten. Ein Europa, das arbeitet und sich untereinander achtet, das ist unser Ziel und muß auch das Ziel jeder deutschen Regierung sein. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Beder-Urnberg (Zentr.): Zur Erfüllung unserer Verpflichtungen müssen in erster Linie die bestehenden Klassen herangezogen werden. Konjunkturgewinne müssen kräftig besteuert werden.

Abg. Edler von Braun (Dnat.): Wir sind von den Erklärungen des Reichsanzlers bitter enttäuscht. Das Diktat von Paris hätte abgelehnt werden müssen. Wir glauben nicht an eine Erfüllung des Ultimatum, deshalb haben wir die Unterschrift abgelehnt.

### Tagore in Berlin.

Die Berliner Universität wollte Rabindranath Tagore festlich empfangen. Um die Mittagsstunde, die für den Vortrag des indischen Dichters bestimmt war, erkümmerten die Studenten mit gewaltiger Uingeduld den Saal der Aula. Rektor und Professoren sahen mit Schrecken, daß die Reugier der Jugend nicht zu dämmen war. Es drohte ein wilder Tumult, der zum Grusse des Herodes der Einfuhr und Weisheit schlecht gepaßt hätte. Da beschwor der Rektor die Kommissionen, nicht weiter durch unbedenklichen Eigensinn die Würde der Universität zu gefährden. Der Obmann der Studenten sprach im Sinne der Magnificenz. Man würde mit Sicherheitspolizei die Aula räumen, wenn das bittende Wort versagte. Das Auf und Nieder der Erregung dauerte minutenlang. Schließlich öffneten grüne Polizisten den schmalen Weg, den Tagore brauchte, um seinen Ehrenplatz zu erreichen.

Er ist ein mittelgroßer, hagerer Mann. Den schmalen bronzierten Kopf umwölbt das reiche, sorgfältig gepflegte Silberhaar. Sanft ist das Gesicht, der lange, orientalistisch hängende, aber westländisch ausgelegene Schnurrbart und die Nase des wohlgeformten Vollbartes vollenden das Bild eines rüstigen Greises. Obwohl der lange graue Seidenlasten des östlichen Priesters Tagores Leib bis zum Boden verhüllt, fehlt ihm das Abseitige und Seltsame des Propheten. Der Priesterrock scheint seine Amstracht, es scheint aber auch, daß er sich nicht beengt oder beeinträchtigt im europäischen Bürgerrock fühlen würde. Man sucht seine Augen. Unter tiefen Liddeckeln sind sie versteckt. Während der Rektor den indischen Gast begrüßt, sitzt der ehrfurchtsvoll Angeredete, nur mit sich selber beschäftigt, da. Er merkt es kaum, daß die feierlichen Worte ihm gelten. Er blättert in dem Schreibmaschinenheft, aus dem er bald die Abhandlung vorlesen soll, die von den Idealen seiner Heimat handelt.

Da, er liest einen gründlich vorbereiteten Aufsatz mit Thesen und scharf überlegten Abschnitten. Er denkt nicht daran, aus Inspiration oder orphischer Stimmung eine Feuerrede herauszusprechen. Mit einer überraschend hellen Stimme spricht der dunkle Mann. Bald versinkt er in eine gewisse Eintönigkeit, da er behutsam an jedem aufgeschriebenen Satz festhält. Keine erklärende oder betonende Geste kommt der gelehrten Abhandlung zu Hilfe. Nur wenn er die sanskritischen Urworte seines Landes gebraucht, hebt er einen zarten Gesang an. Nur dann wird er Apolode, der sich auch von dem Schreibmaschinenheft löst. Dann liebt er es, hernach bei der Uebersetzung die englische Sprache, die seinem Mund eine fremde Sprache ist, mit Gleichklangwort zu schmücken. Vom Gesang, der beinahe ins Falsett hinaufklingt, gleitet er leicht in den europäischen Tonfall zurück, und er sagt: „Der Himalaya ist heilig, die Berge und Flüsse sind heilig, die Bestien und Vögel sind heilig, der Mensch ist heilig. Das Lachen der Tiere und Menschen ist heilig.“

### Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Rathenau:

Der Entschluß, mich an diese Stelle zu begeben, ist mir nicht leicht geworden, er wurde mir aber erleichtert durch die Ermöglichung, daß das Arbeitsgebiet kein politisches ist. Mein Arbeitsgebiet soll sich auch nicht verquiden mit Begriffen, die wir unter „Kriegswirtschaft“ verstehen. (Unruhe rechts.) Ich bin kein Anhänger der Kriegswirtschaft, noch der Zwangswirtschaft. Ich bin nicht der Schöpfer der sogenannten Kriegswirtschaft (Unruhe rechts), sondern ich bin der Schöpfer und Organisator der Kriegswirtschaftsabteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums. (Bewegung.) Diejenigen, die damals die Verantwortung trugen, haben mir bezeugt, daß ohne diese Organisation der Krieg überhaupt nicht zu führen gewesen wäre. Große wirtschaftliche Reformen dürfen erst dann eingeführt werden, wenn das Bewußtsein des Volkes sich auf diese Reform im voraus eingestellt hat. Postito hat mich der Gedanke zum Eintritt in das Kabinett bestimmt, daß es vom Reichkanzler gestern als ein

#### Kabinett der Versöhnlichkeit

bezeichnet wurde. Es ist endlich an der Zeit, die Wege zu finden, die uns mit der Welt wieder zusammenbringen. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß Frankreich den Wiederaufbau will. Ich habe mich überzeugt, daß Frankreichs Wille zum Wiederaufbau ernst ist. Ich halte die Forderungen für erfüllbar, wenn wir wollen. Es ist nur die Frage, wie weit man sich in Not begeben kann, um sie zu erfüllen. (Laut rechts: Sie sind absolut unerfüllbar!) Eine absolute Unerfüllbarkeit gibt es nicht. Es handelt sich nur darum, wie tief man ein Volk in Not geraten lassen kann. Die zwei Milliarden habe ich niemals als unerfüllbar bezeichnet, die Unerfüllbarkeit liegt in der Härte des Index, und diese Härte kann gemildert werden. Wer sich nicht dazu ausschwingt, vor einer sehr schweren Leistung sich zu sagen, „ich will es unter allen Umständen“, der wird immer nur mit halbem Willen an die Aufgabe herantreten. Nach unseren Leistungen wird sich das Vertrauen bemessen, das wir in der Welt wieder gewinnen müssen. Die Welt besteht nicht nur aus Chauvinisten, sondern enthält auch objektive Menschen, Millionen von Augen richten sich in diesem Augenblick auf Deutschland und fragen: Was wird Deutschland machen, wird es ein Land der Erfüllung harter Schuld werden, oder nicht? Ich halte es für nötig, eine Aufgabe zu erfüllen, die schlechthin eine Weltaufgabe ist. Diese Aufgabe enthält nichts Trennendes für unsere Parteien, Berufe und Stände. In dieser Aufgabe sind schlechthin alle in Deutschland aufgerufen. Wir brauchen die Mitwirkung des Arbeiters, des Industriellen, des Landwirts und des alten deutschen Handwerks. Nicht für den Mann erblicke ich Ihre Mithilfe, sondern für das Werk. Das Werk muß sein! (Beifall.)

#### Reichsanzler Dr. Wirth:

Der Abg. von Braun hat mir eine schwere Pflichtverletzung vorgeworfen, weil ich die Einwendungen der bayerischen Regierung gegen die Auflösung der Einwohnernormen bei den Alliierten nicht unterließ hätte. Er ist über den Lauf der Dinge nicht unterrichtet. Wir haben sogar die Erfüllung des Ultimatum versprochen. Vom ersten Tage meiner Amtsführung an war es meine Aufgabe, unter Wahrung der süddeutschen Eigenart zu wirken. Herr v. Braun sollte wenigstens wissen, daß ein Unterschied zwischen Einwohnernormen und Orgesch besteht. Wir haben die abweichende Auffassung der bayerischen Regierung hinsichtlich der Einwohnermehr der Alliierten zur Kenntnis gegeben, insbesondere das Gutachten des Obersten Landesgerichts München. In Bayern bestand die Meinung, als ob in England eine andere Auffassung bestände bezüglich der Einwohnermehr als in Frankreich. Ich habe mich in dieser Frage in mündlichen Besprechungen mit Vertretern der Alliierten bemüht. (Große Unruhe rechts.) Die englische Regierung hat der bayerischen Regierung mitgeteilt, daß sie zur Vermeidung des automatischen Eingreifens von Sanktionen, unabweislich erklären müsse, daß sie

#### alle Wehren aufheben

werde. Der französische und italienische Vertreter in München sind angewiesen, sich diesem Schritte anzuschließen. (Hört, hört!) Wenn man das Ja gegeben hat, dann muß man auch den Inhalt des Ultimatum ausführen. Ich lasse mich durch keine Worte dahin reizen, die Qualität unserer Erklärung in irgendeinem Punkte abzuwachen. (Beifall.)

Vom Berliner Polizeipräsidenten wird mir mitgeteilt, daß gegen den Redner Rissen, dessen Rede bei der Stageratsfeier von einem Vorredner erwähnt wurde, ein Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet ist. Bei dem angeblichen Transport von Bayern nach Oberschlesien handelt es sich einfach um die bayerische Wachkompagnie in Berlin. Wir haben unsere Pflicht getan bei der Freireisbildung, die eine schwere poli-

tische Gefahr für Deutschland war, man soll aber nicht jeden Militärtransport zum Gegenstand einer Diskussion machen.

Abg. Henke (U. Soz.): Die Regierungserklärung hat uns in den wichtigsten Punkten enttäuscht Gerade von den brennendsten Problemen der Schand- und Klassenjustiz hat der Reichskanzler kein Wort gesprochen. In Bayern herrschen heute die Leute, die den

#### Belagerungszustand gegen die Arbeiterkraft

mißbrauchen, welche Zeitungs- und Versammlungsverbote erlassen. Das sind dieselben Leute, die weder von Republik noch Demokratie etwas wissen wollen, sondern vielmehr das Wiederwachen der Monarchie erwarten. Das ist „süddeutsche“ Art von den Sorten um Herrn Kahr. Es ist eine heilige Pflicht der Regierung, der nationalstiftlichen Hehe zwischen den Arbeitern in Obersteifen entgegenzutreten. Die Arbeiterkraft darf sich durch nichts zur Inaktivität verleiten lassen, sie muß stets ihr scharfes Auge auf ihre Locksünde richten, sie muß auch die Reichsregierung scharf im Auge behalten. Die Steuerkraft ist ungeheuer gesunken und bei den Arbeitern und Beamten schon auf das äußerste angepannt. Von der Regierung verlangen wir Aufhebung der Sonderverordnungen. Die Sozialdemokraten sind mehr wie eine andere Partei im Hause verpflichtet, dem Amnestiegesetz zuzustimmen. Wir werden abwarten, was die Regierung von ihren Versprechungen hält. Wird sie es nicht an Energie fehlen lassen und auch auf unsere Forderungen eingehen, dann werden wir sie erst unterstützen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr: Anfragen, Interpellation Stresemann, Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

### Amnestieantrag der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, folgenden Antrag zu stellen:

Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkt möglicher Begnadigung nachprüfen zu lassen und dem Reichspräsidenten bloße Mitläufer der Aufrührerbewegung in weitem Umfang zur Begnadigung zu empfehlen.

### Die Urteilsbegründung im Prozeß Neumann.

In der Begründung des Urteils, durch das der Angeklagte Neumann wegen Mißhandlung und Beleidigung von Untergebenen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, wird darauf hingewiesen, daß der Angeklagte zu weit gegangen sei. Die Anwendung von Gewalt den Engländern gegenüber, die am 2. April ihren Beschluß, die Arbeit zu verweigern, auszuführen, sei nicht als Ueberschreitung seiner Befugnisse anzusehen. Strafbar sei dagegen der Fall Kirkbride; ebenfalls sei in der Mißhandlung des Zeugen Florence eine strafbare Mißhandlung zu erblicken. Unberechtigt war gleichfalls die Bearbeitung des Zeugen Smart mit der Waffe. Die Begründung der Befangenen, die nach Verbüßung der Arreststrafe zurückkamen, durfte nicht in Mißhandlung ausarten. Den Befangenen Sommersgill habe der Angeklagte derartig geschlagen, daß er an den Folgen der Mißhandlungen mehrere Tage zu leiden hatte. Der Angeklagte habe zwar den Ausdruck „Schweine“ mehrfach gebraucht, jedoch könne nur in einem dieser Fälle eine strafbare Beleidigung als erwiesen erachtet werden.

Bei Bemessung der Strafe wurde berücksichtigt, daß das Motiv des Angeklagten kein ehrlöses war. Der Gerichtshof hat beschlossen, den Haftbefehl aufzuheben, da kein Fluchtverdacht vorliegt. Infolge der vollen Anrechnung der Untersuchungshaft von vier Monaten hat Neumann noch zwei Monate Gefängnis zu verbüßen.

Die Hauptverhandlung im Prozeß gegen den Kapitänleutnant a. D. Karl Neumann, Kommandant des U-Bootes 67, wegen Versenkung eines Lazarettsschiffes wird am Sonnabend vormittag 9 Uhr vor dem Reichsgericht beginnen. Die Verteidigung des Angeklagten liegt in den Händen des Leipziger Rechtsanwalts Dr. Jahnemann. Eine Zeugenvernehmung ist nicht in Aussicht genommen.

Das war der Kern der Lehre, die er in der Berliner Universität verkünden wollte. In seinem indischen Weisheitstum, in den religiös-philosophischen Schriften der Antike und in den Phantasien des Kalidasa nicht minder werde die Einheit der Menschheit gesucht, gedeutet und gefunden. Nicht der zerrissene Mensch mit seiner Leidenschaft werde erzogen, sondern der einheitliche, der die Welt beherrscht, weil er sich selber beherrscht. Die Leidenschaft unterliegt, weil sie gar nicht erst bis an den Menschen gelangen darf. Alles Beispiel, das indisches Dichten und Denken vor die ungelährten und erwartenden Menschen bringe, richte sich nach diesem Sinn und Lieberfenn.

Dann drängten sich Professoren der Universität, Minister, Diplomaten und Ander, die weißen Ueberwurf und braunen Turban trugen, um den geehrten Mann. Obgleich er nicht übergroß war, beugte er sich zu jedem, der von ihm Antwort erbat. Und man sah seine Augen wieder nicht. Man hörte aber auch seine Stimme kaum. Denn in der Zwiesprache redet er fast wie ein Besoffener, ganz sachte, ganz zärtlich.

Der Platz zwischen dem Opernhaus und der alten Bibliothek war schwarz von Menschen. Die Zeitungsfrauen verließen ihren naheliegenden Posten und staunten. Die Studenten und alles wertvolle Volk, das gerade um diese Mittagsstunde auf die Straße durfte, warteten auf den Mann, den sie für ein kostbares Geheimnis hielten. Könnten sie das Geheimnis ein wenig lüften, so würden sie auch unter dieser schönen, begnadeten Seiten eine Welt verwirrender Gedanken entdecken, die sehr vorsichtig, sehr kritisch und vielleicht sogar sehr entschieden von einem guten Europäer des Jahres 1921 zurückgewiesen werden müssen. Doch es war Freitag für Tagore und ein andermal von diesen gefährlichen Dingen!

#### Mag Hochdorf.

Christian Morgensterns soziales Bekenntnis. Im Matheft des „Neuen Merkur“ werden Jugendbriefe Christian Morgensterns aus den Jahren 1890/91 veröffentlicht, die bereits den ganzen späteren Morgenstern erkennen lassen. Besonders schön ist eine Stelle, in der er ein soziales Bekenntnis ablegt, das auch unseren Tagen vorankündigen sollte. Er schreibt: ... eine Empfindung ist es, die die letzten Tage in meiner Brust mächtiger denn je gewirkt und genährt haben, die sie klarer gemacht und gefestigt haben. Es ist die Empfindung der ungeheuren Pflicht der Liebe, die jeder einzelne von uns gegen seinen Nächsten und zumeist gegen die für uns arbeitende leidende Klasse hat. Aber nicht nur der Liebe in Wort und Schrift, sondern in lebendiger Tat. Es ist mir ein Verständnis gekommen von dem unsagbaren himmlischen Geschenk, das uns — und einmal in der Großstadt — in jeder Stunde umgibt, und ich habe gefühlt, wie nichts würdiger uns aller Verkünder ist, das sich zwischen Verachtung des Volkes, trüger Genüßsucht und lauem Wohlsein bewegt — ohne auch nur eine Spur wahrhaftiger, kraftvoller Liebe aufzuweisen, wie es Bruder zu Bruder haben soll. Ja, es ist wahr, was der Verfasser einer diesbezüglichen Schrift sagt, nicht durch Gesetze und Waffen sei die

soziale Frage zu lösen, sondern durch Liebe, durch die innere Gleichstellung aller Stände. Unsere „Gebildeten“ müssen den Dünkel aufgeben, der sie glauben macht, sie seien mehr und höhere Wesen als der gemeine Mann. Sie müssen den sittlichen Kern der Sozialdemokratie anerkennen, der in dem Erwachen des Menschenbewußtseins liegt. ... Ich aber werde mein ganzes Leben dieser Aufgabe widmen und soviel sekundäre Mischdichten mich auf das Studium der Nationalökonomie (d. h. „Volkswirtschaftslehre“) verzichten lassen müssen, so gibt's wohl noch andere Wege, das Evangelium der tätigen Liebe zu üben und zu lehren.“ Und Christian Morgenstern hat Wort gehalten. Seine Worte wurden Taten, wie denn überhaupt des Dichters Worte seine und seiner Zeit größte Taten sind.

Wiedergefundene Gemälde Rembrandts. Kaum weniger als 100 bisher unbekannte Gemälde Rembrandts hat der Spürsinn von Forschern und Kunstgelehrten im letzten Jahrzehnt wieder zum Vorschein gebracht. Das Gemäldewerk des Meisters, bisher etwa 600 Bilder, ist also erheblich erweitert worden. Nach den Veröffentlichungen des letzten Jahres zu schließen, ist dieser Rembrandt-Lust dabei noch immer nicht verfliegt. Für alles, was seit 1909 wieder ans Licht trat, hat jetzt einer der besten Rembrandt-Kenner, Dr. Wilhelm R. Valentiner, vor dem Kriege Direktor des New Yorker Metropolitan-Museums, einen Nachtragband (bei der Deutschen Verlagsanstalt) herausgegeben. Valentiner vereinigt da nicht nur in 120 Abbildungen alles, was schon bisher in den letzten Jahren veröffentlicht worden war, sondern bringt auch eine ganze Reihe von überhaupt bisher der Rembrandt-Forschung entgangenen Werken, ein Sechstel meist von zweifelhafter Echtheit, während ein Anhang die fraglichen Bilder zusammenfaßt. Natürlich ist unter diesen 120 Bildern auch manches Nebenwerk eines überreichen Lebens. Weit zahlreicher aber sind die Meisterwerke, die das Bild Rembrandts, wie wir es kennen, aufs würdigste ergänzen.

Im Residenz-Theater wird im Rahmen des Sommerspielplans „Ab dafür“ gegeben. Eine dreiteilige Zeitschmurre von Toni Impelobyn und Karl Waidner, (Spielleitung Karl Köhlmann). Ein Professor, der seine Schiebepoche bereits hinter sich hat, eröffnet einen Spielklub, der — Professoren haben immer Pech — bald ausgedehnt wird. Er wird mit seinem ganzen Freundeskreis verhaftet und abgeführt, später aber durch die „Reizgerichten“ befreit. Das anpruchsvolle Stück fand beim Publikum den höchsten warmen Sommererfolg. Erwähnt seien Wilhelm Wendow, Else Usher, Mag. Adalbert (als prachtvoller Gerichtsbeamter) und Eise Waja.

Musikschau. Am Juni zeigt das Grapische Kabinett N. v. Neumann, Berlin W 50, Kunstausstellung 292. Gemälde von Martin Paag.

Der Sturm. Volksdrama Str. 134a. Die Kunstausstellung bringt expressionistische Gemälde von Rudolf Bauer und expressionistische Pastelle von Jena Weller.

Die Ausstellung der Dokumentensammlung Darmstädter zur Geschichte der Nationalsozialisten in der Staatsbibliothek ist noch einmal Sonntag geöffnet am 5. Juni. Um 11 Uhr ist eine Führung mit Vortrag von Dr. Schuster für die Volkshochschulen. Auch andere Besucher, namentlich auch arbeitende Kreise, sind dazu willkommen.

Deutscher Monatsklub, Klosterstraße. Sonntag, 5. Juni, vorm. 11 Uhr: Vortrag von G. B. Nicolai „Gott vor dem Forum der Nationalwissenschaft“ in der Stadthalle, Klosterstraße.

## Groß-Berlin

### Die Tat des Armeniers.

Politische Morde und Mordversuche gehören in einer Zeit wie der unsrigen ja leider nicht gerade zu den Seltenheiten. Doch bleibt der Prozeß, der gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann, Gott sei Dank, immer noch eine außergewöhnliche Erscheinung. Unter allen Umständen bot der Mord in der Hardenbergstraße nach vieler Hinsicht reichen Stoff für Politiker, Historiker, Kriminalisten, Psychologen u. a. Unter denen, die sich um Eintritt bemühten, befanden sich viele, die in Physiognomie und Sprache die Kinder der Balkanhalbinsel oder Kleinasiens verrieten. Die Karten waren schnell vergeben, und jeder froh, der Zutritt gewann.

In tadelloser Kleidung nahm Teisirian auf der Anklagebank Platz, ein junger Mann von vierundzwanzig Jahren, von kleiner, schlanker Figur, mit schmalen blauen Gesicht, hoher Stirn, länglicher Nase, aufstrebendem schwarzen Haar und leichtem Schurrbart. Der düstere Blick unter starken dunklen Brauen stimmte zum Bilde eines echten Fanatikers. Die Vernehmung des Angeklagten geschah bei seiner mangelnden Kenntnis der deutschen Sprache durch zwei Dolmetscher und ging im ganzen fließend vor sich. Teisirian nahm eine überwiegend feste und ruhige Haltung an, wurde nur einigermaßen erregt, als das große Maffater unter den Armeniern im Jahre 1915 zur Sprache kam, führte dabei mehrmals das Taschentuch vors Gesicht und berichtete in echtem Schmerz, wie vor seinen Augen seinem Bruder der Schädel gespalten, seine Schwester vertrieben, er selbst durch Hiebe an den Kopf bewußtlos gemacht wurde, sprach dann weiter von seiner abenteuerlichen Flucht nach Persien und seiner Tätigkeit in Europa. Doch die Folgen der Kopfverletzungen seine Studien erschwert und epileptische Anfälle ihn häufig heimgesucht hatten, brachte er jetzt vor, und man fand darin ein Moment zur Beurteilung seines Mitmenschen. Da er dies vor dem Untersuchungsrichter anzuwenden und mit einem gewissen Heroismus bekannt hatte, war anzunehmen, er würde es auch jetzt tun und den politischen Märtyrer spielen. Groß war daher das Staunen, als er nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses auf die Frage, ob er sich schuldig bekenne, mit „Nein“ antwortete. Er fügte hinzu, er fühle sich nicht schuldig, weil sein Gewissen ruhig sei. Die Tat selbst leugnete er nicht, behauptete aber, die „Leiche“ seiner Mutter, womit er ihre Geisteserscheinung meinte, sei aufgefunden und habe ihn dazu angetrieben. Er brachte dies im Tone entschiedener Ueberzeugung vor, und wenn man bedenkt, wie sehr der Glaube an solchem Spinn selbst in der „besseren“ Gesellschaft Berlins verbreitet ist, hat man Ursache, anzunehmen, daß der junge, hochgradig nerodöse Armenier tatsächlich eine derartige Vision gehabt und mit Bestimmtheit geglaubt hat, die ermordete Mutter sei ihm erschienen und habe ihm das Nachwort ans Herz gelegt.

In der Beweisaufnahme lauteten die Aussagen der Augenzeugen des Mordes meist klar und sicher, und fast nur die Frage, ob Teisirian in der Hardenbergstraße Laçat an sich hat vorbeigehen lassen oder von der anderen Straßenseite aus hinter ihm her gegangen ist, machte eine Schwierigkeit. Die Dame, in deren Begleitung sich Laçat im Augenblick des Mordes befand, und in der man anfangs seine Frau vermutete, schwand bald aus der Beweisaufnahme. Frau Laçat, eine kleine, zierliche, blonde Person von jugendlichem Aussehen in fremdländischer Trauerkleidung, wurde vorgerufen, aber bald entlassen. Erörtert wurde die Frage nach Teisirians körperlichem und geistigem Zustande zur Zeit der Tat und durch verschiedene Zeugen, darunter seine Zimmervermieterinnen und mehrere Armenier, ein starker Grad von Nervenstumpfheit ihm bestätigt. Auffallend klang die Bekundung des Untersuchungsrichters, der eine Dolmetscher habe in der Voruntersuchung dem Angeklagten Konfekt mitgebracht und ihn als einen großen Mann bezeichnet, den man bewundern müsse.

Auf die armenische Frage zu spitzte sich die Verhandlung, als die Juggin Frau Christine Terschbach aus eigener Erfahrung die entsetzlichen Greuel berichtete, die die Türken 1915 unter ihren Sandsteuten angerichtet hatten. Manchem Zuhörer mochten ihre grausamen Erzählungen übertrieben klingen, fanden aber hingerichtete Unterstützung durch die Gutachten der Sachverständigen Sepsus und Liman v. Sanders, sowie durch die Aussagen des armenischen Bischofsvertreter Balakian. Manche lernten mit

Grauen kennen, was für schreckliche Zustände im Reiche des Sultans, unseres einstigen Bundesgenossen, herrschten.

(Den Bericht über die gestrige Verhandlung finden unsere Leser an anderer Stelle des Blattes.)

### Das neue Krematorium in Wilmersdorf.

Die außerordentliche Ausdehnung der Feuerbestattung in letzter Zeit gibt sich am besten in den Betriebsziffern des Berliner Krematoriums kund, das kaum noch imstande ist, die Einäscherungen innerhalb 24 Stunden nach der Trauerfeier zu bewirken — eine längere Frist ist allerdings, entgegen den darüber im Publikum böswillig verbreiteten Gerüchten, noch niemals erforderlich gewesen. Dennoch wird für den Betrieb des Krematoriums in der Gerichtstraße die Eröffnung des Wilmersdorfer Krematoriums eine höchst willkommene Entlastung sein.

Das neue Krematorium ist in Wilmersdorf auf dem Friedhof in der Berliner Straße gelegen. Die Anlage stellt sich als ein von hoher Kuppel getränkter monumentaler Zentralbau mit angefügten Seitenschiffen in klassischer Form dar, dem in der ganzen Ausdehnung eine offene Vorhalle vorgegliedert ist. Die in der Mitte gelegene Einsegnungshalle hat einen Durchmesser von 17 Metern und gewährt Raum für eine Trauerversammlung von 300 bis 400 Personen; bei noch größeren Versammlungen können in den mit der Halle durch ganz weite Türen verbundenen, für die Beisetzung von Achenurnen bestimmten Räumen noch mehrere Hundert Leidtragende an der Andacht teilnehmen. Die Hauptkuppel enthält keine Empore, nur einen ziemlich geräumigen Chor für die Orgel und die Sänger. Sie empfängt direktes Licht durch einen hohen Tambour. Die Seitenschiffe bieten Raum für die Unterbringung von rund 8000 Urnen, und zwar sind rund 150 offene Nischen vorhanden, die hoch genug sind, um nötigenfalls Doppelurnen aufzunehmen. Für die anderen Nischen sind mit Marmorplatten geschlossene Wandfächer vorgesehen. Sie bieten den Vorteil, daß für sie keine der jetzt so kostspieligen Urnen erforderlich ist, und daß sie, da sie nur 25 bis 30 Zentimeter hoch gepflanzt sind, eine außerordentlich günstige Ausnutzung des Raumes gestatten. In Sockelhöhe und einem Tuffel des hinteren Nischen befinden sich die Einäscherungsräume. Zwei Oefen nach dem System Rich. Schneider stehen betriebsfähig da. Die Möglichkeit einer Erweiterung für zwei weitere Oefen ist gegeben. Der Zugang zu diesen Teilen der Anlage geschieht durch einen Wirtschaftshof, der sie den Blicken Unbefugter entzieht. Unter dem Mittelbau und den Seitenschiffen liegen 20 Beichen-Einzelzellen, die mit den besten hygienischen Einrichtungen versehen und so angeordnet sind, daß das Bedienungspersonal einen besonderen Zugang zu ihnen hat, während ein zweiter Gang den hinterbleibenden den Abschiedsbesuch ermöglicht. Eine sehr interessante Lösung hat die meist recht schwierige Schornsteinfrage gefunden. Beide Schornsteine sind in einen Umbau an der Hinterfront des Mittelbaus gelegt worden, treten an dem Anlauf der Kuppel in diese ein und münden in einem altklassischen Aufsatz; sie sind also von außen überhaupt nicht bemerkbar.

### Reichswehrsoldaten als Munitionslieferanten.

Der Potsdamer Handgranatenfund ist von der Potsdamer Kriminalpolizei restlos aufgeklärt worden. Die bei der Abholung festgehaltenen Personen schieden für den Diebstahl aus. Dagegen ließ sich feststellen, daß die beiden Schützen Franz Rohaupt, der den Spitznamen „Hindenburg“ führt, und Franz Kunkel bereits am 19. Mai das verbotene Gewehr in der Kaserne erbrochen und die sechs Kisten mit Handgranaten über die Mauer geschleppt haben. Dort sollten sie in dem Versteck in dem Gebälk liegen, bis sie durch Vermittlung eines Technikers und eines Reisenden an Munitionsaufkäufer veräußert werden konnten. Die Auffindung machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. Während die beiden Schützen und der Techniker verhaftet werden konnten, klagte der Reisende. Die dem Gericht bereits zugeführten Kistlinge legten ein Geständnis ab. Sie scheinen auch eines Diebstahls von zwölf Ferngläsern aus dem Depot der Minenwerfer-Kompagnie verdächtig.

### Bräute ohne Zahl.

Wieder einmal wurde die Gutgläubigkeit zahlreicher Mädchen und Frauen durch einen Schwindler aufs ärgste getäuscht. Es handelt sich um einen 35 Jahre alten Kaufmann Wilhelm Kreuzer, ein Rheinländer, der angeblich Geld zu geschäftlichen Transaktionen brauchte. Er lebte eine Zeitlang von Schiebergeschäften und nach dem rheinischen Gebiet. Als diese nicht mehr lohnten, sah er sich in Berlin nach heiratslustigen Witwen und Mädchen um und fand auch eine große Anzahl. Allen versprach er schon nach kurzer Zeit die Ehe und veranlaßte sie dadurch, ihm Geld herzugeben, das er, wie er ihnen verspiegelte, zu geschäftlichen Zwecken nötig hatte. Wenn einer der Bräute diese angeblichen Geschäfte zu genügt er-

schienen, so bot er ihr gleich eine andere Aussicht, die sicherer erschien. Zuletzt erzählte er, daß er, wenn er dem Kaufmannsberuf entsagen wolle, auch eine feste Stellung als Maschinenmeister bekommen könne, dazu aber eine Kaution brauche. Für diesen Zweck gaben die Heiratsschicksalinnen ihr Geld sehr schnell her, weil sie mit der festen Anstellung des Mannes auch ihre eigene Zukunft für gesichert hielten. In Wirklichkeit verbrauchte er das Geld für sich, um ein gutes und bequemes Leben führen zu können. Um etwaigen Nachstellungen zu entgehen, wechselte der Schwindler häufig seine Wohnung. Zuletzt hauste er bei einer Gasse in der Wilhelms-ave 10 zu Wilmersdorf. Hier ermittelte und verhaftete ihn die Kriminalpolizei. Kreuzer ist einer ganzen Reihe von derartigen Schwindeltaten, die ihm Beträge bis zu 30000 M. einbrachten, schuldig. Er weiß aber selbst nicht mehr, wieviel Bräute er im ganzen gehabt hat. Die Betrogenen, die noch keine Anzeige gemacht haben, können sich im Zimmer 154 des Berliner Polizeipräsidiums melden. Der Verhaftete ist mittelgroß, ging stets gut gekleidet und spricht rheinische Mundart.

Das Reich als Goldkäufer. Die Reichsbank gibt bekannt: Durch Annahme des Ultimatums der alliierten Mächte vom 8. Mai d. J. hat das Reich schwere finanzielle Verpflichtungen übernommen. Sie zu erfüllen, müssen die größten Anstrengungen gemacht werden. Von diesem Gesichtspunkte aus hat das Reichsfinanzministerium sich entschlossen, durch Vermittlung der Reichsbank und der Reichspost Gold zu einem dem Weltmarktpreis ungefähr angepassten Preise anzukaufen zu lassen; goldene Schmuckstücke und Gebrauchsgegenstände bleiben vom Ankauf ausgeschlossen. Für deutsche und ausländische Goldmünzen sowie für Barren erfolgt der Ankauf durch Vermittlung der Reichsbankanstalten, die bereits mit entsprechender Weisung versehen sind. In den nächsten Tagen wird der Ankauf auch von allen Postanstalten, von denen aber nur in Bezug auf deutsche Reichsgoldmünzen, aufgenommen werden. Der Ankaufspreis wird auf der Grundlage des Weltmarktpreises am Ende jeder Woche neu festgesetzt; für die laufende Woche stellt er sich z. B. auf 200 M. für ein Zwanzigmarkstück, auf 37000 M. für 1 Kilogramm Feingold. Die Preise für die übrigen deutschen und ausländischen Goldmünzen werden entsprechend festgelegt. Die Umlage (Zuzug) Steuer kommt bei diesen Verkäufen nicht in Anlag. Den Besitzern von Gold bietet sich hiernach Gelegenheit, es ungefähr zum Weltmarktpreis zu verkaufen. Dagegen ist der anderweitige Verkauf auf Grund des Gesetzes betr. die Verfügung über Gold vom 28. April 1921 (G.-G.-Bl. S. 489) ohne Zustimmung des Reichswirtschaftsministers verboten und strafbar. Die Bewertung im Ausland ist durch das Goldausfuhrverbot ausgeschlossen.

Weitere Bezirksamtsmitglieder. Der Oberpräsident hat gestern die Wahl des Rechtsanwalts und Rotars Dr. jur. Herz in Altona zum stellvertretenden Bürgermeister des Bezirksamts Spandau bestätigt, dagegen die Wahl des Werkzeugmachers Wänsinger und des Schlossers Leo die Befähigung wiederum versagt. Wegen der Wahl des Lehrers und früheren Gemeindevorstehers von Staalen, Eggert, und des Buchdruckers Finckelmeier zu besoldeten Bezirksstadträten schweben noch Ermittlungen. Ferner ist die Wahl des Mechanikers Lufäcker zum besoldeten Mitglied des Bezirksamts Reinickendorf bestätigt worden; Lufäcker hat bereits sein Amt angetreten.

Auf Hungererlaub. In den Beeliker Heilstätten gibt es schon wieder Konfliktstoff. Der Patientenrat wendet sich durch Vermittlung des Verbandes der Lungen- und Tuberkulosekranken an die Öffentlichkeit mit der Klage, daß für Urlaubstage den heimkehrenden Patienten keine Lebensmittel mehr mitgegeben werden. Glaubt der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin auch diese Maßregel damit entschuldigen zu können, daß Geldmangel ihn zur Sparsamkeit nötigt? Da die meisten Patienten vor ihrer Ueberweisung an die Heilstätten schon längere Zeit krank und arbeitslos waren, so lassen sie bei Beginn der Kur ihre Familie in dürftigen Verhältnissen zurück, die auch durch die farge Familienunterstützung nicht viel gebessert werden. Mit welcher Freude wird künftig der Urlauber nach Hause fahren, wenn er weiß, daß er daheim den Kindern noch die paar Bissen wegessen muß!

Zu der Liebesstraggade auf der Havel, über die wir im gestrigen Abendblatt berichteten, erfahren wir noch, daß der 20-jährige Patrieb von Beruf Kutscher und aus Spandau gebürtig ist. Seine Geliebte ist die 17 Jahre alte Freizeithilfin Alma Abraham, die in der Klosterstr. 31 in Spandau bei Klinge wohnt. Allem Anschein haben Patrieb unüberwindliche Hindernisse, die sich einer Eheschließung entgegenstellen, zu der Tat getrieben. Ob 3. im Einverständnis mit der A. oder gegen deren Willen gehandelt hat, bedarf ebenfalls noch der Aufklärung. Bisher waren beide Personen noch nicht vernehmungsfähig.

## Stine Menschenkind.

### III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Regä.

„Was zum Kukud, bestellt er jetzt auch Radtouren?“ rief Lars Peter heftig. „Hat er uns nicht schon genug Schaden zugefügt!“

„Bater!“ ertönte es drüben aus der halb geöffneten Kammertür. — Sörine war schon im Begriff, zu Bett zu gehen. Es lag ein wenig Erstaunen in dem Ruf. „Ja, zum Kukud, du mußt doch zugeben...“ versuchte er, brach dann aber ab. Die Kinder standen lauschend da, mit offenem Munde und Stielaugen.

Stine ging in die Küche und band ein Tuch um. „Ehe kann den Tisch abräumen“, sagte sie, „ich geh' etwas an die Luft.“ Ihre Stimme zitterte. Lars Peter kam zu ihr in die Küchentür.

„Ich hab' dich doch nicht kränken wollen“, sagte er gedämpft, „das weißt du. Aber ich an deiner Stelle würde ihn mir vom Leibe halten. Er führt nichts Gutes mit dir im Schilde.“ Er legte die Hand vertraulich auf ihre Schulter. „Ich will mit ihm sprechen“, sagte Stine, noch immer mit Zorn in den Augen. „Ihr könnt es auslegen, wie ihr wollt! — Ich glaube, es tut ihm leid.“ fügte sie ruhiger hinzu.

„Gerade die Sorte ist am allerheimtücklichsten. Vor heulenden Burschen soll man sich hüten, sagt ein altes Weibermotd. Ja ja, tu, was du für das Richtige hältst. Ich hab' dich nur warnen wollen!“

Stine ging in die Dämmerung hinaus. O, wie das gut tat, nach der langen Einsperrung wieder einen Mund voll frischer Luft zu schnappen. Sie war gespannt, was Karl ihr wohl zu sagen habe. Ja, und was wollte sie eigentlich von ihm? Daß sie ihn nicht heiraten wollte, wenn es erst gesehen konnte, nachdem die Geschichte überstanden war, das wußte sie. Darum wollte sie zur Hauptstadt in Dienst gehen, wo niemand sie kannte, und wo ein böhmen Leben war. Es hätte keinen Zweck, hier zu bleiben und sich mit einem flennenden Mann herumzuschlagen. Aber sie hatte nichts dagegen eingewilligt, mit ihm arm in arm einen Spaziergang durch

das Dorf zu machen, bloß um den Leuten zu zeigen, daß sie einen Mann für ihr Kind habe, sobald sie nur selbst wolle!

Hinter dem Spritzenhause stand er und wartete; er trat hervor, als sie vor dem Hause ankam. „Ich hab' deine Schritte erkannt“, sagte er froh und ergriff ihre Hand.

„Warum versteckst du dich hier?“ fragte sie ein wenig verdrossen.

„Nicht meinetwegen; ein jeder darf sehen, welche Wege ich gehe.“ Er sprach einfach und ruhig; es war nichts von dem Zittern in seinem Wesen, das einem sonst immer Herzkopfen und Unglücksahnungen einsagte. Aber er nahm immer noch alles so schwer; das merkte man an Gang und Haltung.

„Meinetwegen sollst du dich jedenfalls nicht verstecken“, sagte Stine und lachte hart. „Denn jeder weiß es, selbst die kleinen Kinder rufen es mir nach. Wenn du etwas von mir willst, kannst du am Tage kommen.“

„Das tu' ich auch gern“, sagte Karl. „Aber dein Vater dusdet meinen Anblick wohl nicht.“

„Ach, vor Vater brauchst du dich nicht zu fürchten — wenn du es ehrlich meinst.“

Sie waren landeinwärts geschlendert, gingen nebeneinander her und sprachen gedämpft; nun ensterneten sie sich von den Hütten und kamen in den Hohlweg, der zum Krüge führte. Es war Sonnabendabend, Frauen kamen mit Waren für den Sonntag vom Krüge. Stine sagte ihnen laut guten Abend; sie hatte nichts dagegen, daß man sie in Gesellschaft mit dem sah, der bei ihr geschlafen hatte.

„Darf ich morgen vormittag kommen und dich zu einem Spaziergang abholen?“ fragte Karl bittend und legte seine Hand verflochten in die ihre. „Wir können ja miteinander ins Gotteshaus gehen.“ Sein Gesichtsausdruck war elend und seine Hand kalt — er brauchte einen Menschen. Stine fühlte es, daß es ihr weh tat, und sie überließ ihm ihre Hand.

Nein, in die Kirche wollte sie nicht! Sie kam sich nicht als Sündlerin vor und wollte nicht, daß die Leute sagten: Seht, da sitzen die beiden und tun Buße — und vielleicht vor Rührung dabei zu heulen anfangen. „Aber wenn du einen Spaziergang mit mir durch das ganze Dorf und am Krug vorbei machen willst, dann —“ Geipannt lauschte sie auf seine Antwort. „Aber ich will untergefaßt mit dir gehen, und ich will selbst bestimmen, wie weit der Spaziergang sein soll.“

Vielleicht bis ganz nach Frederiksvært hinaus.“ So recht gründlich sollte er sich zu ihr bekennen.

Karl lächelte. „Wir wollen so weit gehen, wie du Lust hast — und aushältst“, sagte er. „Aber willst du mich nun einmal richtig küssen, nicht aus Mitleid, sondern um meiner selbst willen?“

„So fürchtbar verschossen bin ich nun nicht gerade in dich, aber vielleicht kommt das noch mal“, sagte Stine und küßte ihn. An seinem bebenden Munde merkte sie, wie ihm die Wärme fehlte. „Du führst gewiß auch ein tristes Leben“, sagte sie unwillkürlich und dachte an Essen und häusliche Behaglichkeit. „Wie kannst du die Zeit hindringen — ohne einen Menschen zu haben?“

„O, ich denke nach“, erwiderte er still.

„Woran denkst du denn — an mich?“ Stine lachte ausgelassen.

„Am meisten an das Kind. Es ist so fiesam, daß aus unsern Nöten ein neues Menschenleben leimt. Gott schlägt wunderbare Wege ein, um zum Ziele zu kommen, du!“ Nun begann er wieder seine alte Weise; und Stine fiel ein, daß sie nach Hause mußte. Als sie in der Nähe der Hütte waren und stehen blieben, um gute Nacht zu sagen, steckte er ihr etwas in die Hand; es war ein Zehnkronenstück.

„Ich will dein Geld nicht“, sagte Stine abweisend und reichte ihm den Schein zurück.

Verzagt hielt er ihn in der Hand. „Dann hab' ich nichts, wofür ich arbeiten kann“, sagte er.

„Ja, wenn es für das Kind sein soll, dann...“ Aber du darfst dir's nicht am Munde absparen und uns deinen ganzen Wochenlohn geben — das will ich nicht!“ Sie mußte nicht, was sie sagte, so verwirrt war sie; ihre Stimme klang gornig.

Erst hernach, als sie im Bett lag, den Schein fest mit der Hand umschließend, erkannte sie, was geschehen war. Sie brauchte nicht mehr daran zu denken, daß sie den anderen das Brot fortah, oder sich schauernd zu fragen, woher das Geld für die Geburt kommen sollte; sie hatte einen Verfolger gefunden! Karl war nicht länger die Last in ihrem Dasein, sie konnte sich auf ihn verlassen. Das erleuchtete ihr das Leben so sehr, und sie rollte sich im Bett zusammen und weinte noch einmal über ihn.

(Fortf. folgt.)







## Das Ganze — halt!

Breslau, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Die Meldung über die Fortsetzung des Vormarsches der Engländer auf Groß-Strehlitz scheint durchweg aus ein und derselben Quelle zu kommen und bewahrheiten sich nicht. Heute mittag hielten die Engländer immer noch mit ihrer ganzen Truppenmacht auf halbem Wege in Groß-Stubendorf. Die Polen haben sich an dieser Stelle etwas zurückgezogen, während sie den deutschen Selbstschutz im Norden und Süden des Aufstandsgebietes heute nacht wiederum angriffen. Innerhalb der Interalliierten Kommission scheint immer noch keine Einigkeit über die weiteren militärischen Operationen zu herrschen. Nach guten Informationen wünschen die Engländer Verhängung des Kriegszustandes über Oberschlesien, damit die Truppen ungehindert gegen die Insurgenten vorgehen können. General Le Rond widersetzt sich diesem Antrag und erreicht dadurch, daß jede militärische Maßnahme nur dann möglich ist, wenn die Interalliierte Kommission und dann noch außerdem der französische Oberkommandierende der alliierten Truppen, General Gracier, sie anordnen bzw. sie billigen. In der Mitte der Kampffront krappig tauchte heute gegenüber dem deutschen Selbstschutz eine französische Postenkette auf; ob vielleicht weil die Polen an dieser Stelle zu schwach waren, um die Kämpfe fortzusetzen? Wenn der gegenwärtige Zustand, der jede militärische Aktion gegen die Insurgenten lähmt, länger andauert, sind die ernstesten Sorgen um das Schicksal des Industriegebietes nur zu begründet.

Oppeln, 2. Juni. (W.B.) Die schweren Ausschreitungen der Insurgenten im Kreise Rosenburg dauern an. — Der deutsche Bevollmächtigte ist erneut bei der A. wegen der Verschleppung des Abg. Hartmann vorstellig geworden. Die A. hat mitgeteilt, sie habe Nachforschungen eingeleitet und würde, sobald wie irgend möglich, von dem Ergebnis der zur Freilassung eingeleiteten Schritte Kenntnis geben. Der deutsche Bevollmächtigte ist angewiesen, nachdrücklich die sofortige Freilassung des Abg. Hartmann zu betreiben.

## Werbestelle ausgehoben.

Braunschweig, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Hier ist eine Werbestelle für Oberschlesien ausgehoben worden. Bezeichnenderweise befand sie sich in den Räumen der studentischen Verbindung „Germania“. Der Leiter der Werbestelle war der frühere Reichswehrhauptmann Kuhn, der sich in den Kapp-Tagen der Kapp-Regierung zur Verfügung gestellt und in über 40 Telefongesprächen über die Lage in Braunschweig an Rüttwig berichtet hatte. Nach einer vorgefundenen Liste sind über 100 Personen, vor allen Dingen Studenten der hiesigen Technischen Hochschule, nach Oberschlesien zum Bataillon Waldow geschickt worden. In den aufgefundenen Papieren steht u. a., daß die Verfügung der Reichsregierung gegen die oberschlesischen Anwerbungen nur als Proklamation nach außen hin zu werten sei, aber für den Selbstschutz nicht zu träfe. Den Angeworbenen wurde empfohlen, möglichst einzeln zu fahren, um nicht die Aufmerksamkeit der Eisenbahner zu erregen. Bestimmt waren sie an eine Breslauer Adresse, die als Vorkommando bezeichnet wird. Der festgenommene Hauptmann Kuhn ist gleichzeitig Angehöriger des „Stahlhelms“ und der Braunschweiger Selbstschutzhorganisation, sowie des Vereins „Bayerischer“, dessen Gebaren bekanntlich unter Genosse Molkenbühr schon seinerzeit im Reichstag beleuchtet hatte. Die Verbindung will natürlich nun mit ihm nichts zu tun haben und behauptet nicht zu wissen, was in ihren Räumen geschieht.

## Belgien ist zufrieden.

Brüssel, 2. Juni. (Agence Belge.) In der Kammer erklärte Minister Jaspars, Deutschland habe den ersten Beweis guten Willens gegeben. Man solle ihm Glauben schenken. Die britische Regierung sei durchaus entschlossen, die durch den Vertrag von Versailles auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Die belgische Regierung werde ihr die Aufgabe gewiß nicht erschweren. Man betrete einen Weg, der den politischen und wirtschaftlichen Frieden endgültig sichere. Belgien trete entschlossen für den westlichen Block ein, der Frankreich, England, Italien und Belgien umschließt und auf dem belgischen Sicherheit beruhe. Im Konzert der Entente sei Belgien zu einer wichtigen Rolle berufen. Indem die Regierung der Vereinigten Staaten es abgelehnt habe, die unannehmbaren Vorschläge Deutschlands weiterzuleiten, habe sie der Sache des Friedens einen Dienst erwiesen. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine belgisch-englische militärische Entente die belgisch-französische Entente vervollständigen werde.

## Gegen Sanktionsgenossen.

Brüssel, 2. Juni. (W.B.) Die Brüsseler Föderation der belgischen Arbeiterpartei behandelte in einer Versammlung die Haltung der sozialistischen Minister, die im Ministerrat für die Ausführung der Sanktionen gegen Deutschland gestimmt hatten, obschon der Parteivorstand sich gegen eine Belegung des Ruhrgebietes ausgesprochen hat. Die Mehrheit des Vorstandes der Föderation beantragte die Ausschließung der drei betreffenden Minister aus der Partei. Dieser Antrag wurde mit einer kleinen Mehrheit verworfen.

## Nochmals der Fall Sält.

Die wegen der Erschießung des Obermaschinenführers Sält seinerzeit zusammengestellte Untersuchungskommission der Arbeiter hat im Anschluß an das (von uns auszugeweihte veröffentlichte) Material über den Fall Sält gefordert, daß die für den Tod des Sält verantwortlichen Beamten zur Rechenschaft gezogen werden.

Hierzu erfährt W.B., daß der Polizeipräsident von Berlin bereits am 6. April 1921 die Vorgänge, betreffend die Erschießung des Sält, an die Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines etwaigen strafrechtlichen Verfahrens abgegeben hat und daß bereits seit längerer Zeit eine eingehende gerichtliche Voruntersuchung beim Landgericht I anhängig ist. Nach Abschluß des strafrechtlichen Verfahrens wird der Polizeipräsident pflichtgemäß prüfen, ob Anlaß vorliegt, gegen die verantwortlichen Beamten im Dienstaufsichtswege einzuschreiten.

Die vom Polizeipräsidenten erstrebte gerichtliche Klarstellung des Falles Sält dürfte im übrigen auch in den Verleumdungsprozessen erfolgen, welche der Polizeipräsident gegen verschiedene kommunistische Redner und Schriftsteller wegen der Behauptung eines „Mordes“ an Sält angestrengt hat. Die Verleumdungsprozesse werden wegen der Vorschriften des § 191 der Strafprozessordnung erst nach Beendigung der oben erwähnten strafgerichtlichen Untersuchung zum Austrage kommen.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde betr. die Frage der religiösen Erziehung der Kinder im Falle von Meinungsverschiedenheiten der Eltern nach längerer Debatte nur eine prinzipielle Entscheidung dahingehend erreicht, daß in solchen Fällen das Vormundschaftsgericht um Vermittlung oder Entscheidung anzugehen ist. Die Stellungnahme zu den übrigen Anträgen wurde weiteren Beratungen vorbehalten.

# Der Rächer seines Volkes.

Das erste Drama, mit dem der heranwachsende Deutsche auf der Schulbank befanni gemacht wird, ist Schillers „Wilhelm Tell“. Die Verherrlichung des Tyrannenmordes durch den Ethiker unter unseren großen Dichtern. Was den Armenier Teitirian auf die Anklagebank gebracht hat, ist nicht schlechter als die Tat Wilhelm Tells. Ja, alle Gründe, aus denen Tell den Geißler erschöß, verblissen gegenüber den ungeheuren Greueln, die dem jungen Teitirian vor Augen waren, als er den tödlichen Schuß auf Talaat abgab. Den Apfel vom Haupte des Sohnes schießen zu müssen, ist schlimm. Aber mit eigenen Augen anzusehen, wie Vater und Mutter erschlagen, den Brüdern die Schädel gespalten, die Schwestern genotzüchtigt werden, zwischen den Leichen der Angehörigen vom Halbtode zu erwachen, die blühende Heimatstadt als Schutthausen wiederzufinden, das ist ärger, als es jede menschliche Phantasie ausstatten kann. Und so wurde nicht eine Familie, so wurde ein ganzes Volk systematisch ausgerottet. Ueber eine Million Menschen, neunzig Prozent der Deportierten, kamen in Grauen und Elend, in planmäßiger Abschachtung um. Vest das Gutachten des Prof. Lepsius!

Dieser Prozeß ist ein politisches Ereignis. Er hat uns enthüllt, was wir dank der Zensur des Systems Ludendorff nicht erfahren durften. Wieder erklärt sich uns ein Teil des furchtbaren Hasses, der das deutsche Volk wie undurchdringlicher Nebel umgibt. Es waren ja die Verkündeten Deutschlands, die so handelten, und das System Ludendorff war es, das den Mordern vom Schloß Talaats Schutz und Hilfe angedeihen ließ! Dieses System hat mit auf der Anklagebank gesessen, als sich einem entsetzten und überlachten Gericht die entsetztesten aller Kriegsgreuel enthüllten.

## Die Verhandlung.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Ueber die Tat selbst erklärt Teitirian folgendes: Ich ging in meinem Zimmer auf und ab und sah Talaat Pascha aus dem Hause kommen. Da hörte ich die Worte meiner Mutter und sah den Mann, der nicht nur das Blut meiner Mutter, sondern von 100 000 anderen Armeniern auf sich geladen hatte. Ich stürzte auf meinen Koffer, holte die Pistole heraus und lief auf die Straße hinter Talaat Pascha her. Als ich dicht hinter ihm war, schoß ich ihm aus unmittelbarer Nähe in den Kopf. Talaat Pascha sank sofort tot zu Boden. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er nicht wisse, daß das deutsche Gesetz einen Mord verbiete, erklärte der Angeklagte:

Ich bin kein Mörder.

Vors.: Existiert in Armenien die Wuttrache? Angekl.: Nein.

Staatsanw. Rat Bollnick weist darauf hin, daß das gegen Talaat Pascha ausgesprochene Todesurteil von der neuen Regierung der Türkei gefällt worden sei, als sich Konstantinopel unter der Drohung der englischen Schiffskanonen befand. Ferner sei die Behauptung aufgetaucht, daß das angebliche Massaker nicht von den Türken, sondern von turkischen Räuberbanden angerichtet worden sei. (Die türkisch-militärische Enschuldigungslüge! Red.) Der Angeklagte bestreitet dies auf das entschiedenste.

Nach Abschluß der Vernehmung des Angeklagten wird in die Beweisaufnahme eingetreten. Nach der Befragung des Zeugen Jessen, der als erster bei der Leiche war, ist der Angeklagte an diesen Zeugen und einer Dame vorbeigehend von hinten an den Erschossenen herangeraten, hat ohne ein Wort zu sagen die Pistole herausgezogen und Talaat Pascha von hinten in den Kopf geschossen, so daß dieser vornüber zu Boden stürzte. Nach der Tat hat der Angeklagte die Pistole weggeworfen und ist entflohen. Der Zeuge, der ihn mit einer aufgeregten Menge verfolgte, hat ihn in der Fasanenstraße gefaßt. Die Menge war sehr empört, schlug auf den Angeklagten ein und rief ihm zu: „Raubmörder! Haut den Raubmörder.“ Auf Frau Talaats Vernehmung wird verzichtet. Weitere Zeugen über die Vorgänge bei der Tat bekunden nichts Neues.

Der Konsulatsretreär Apelian von dem hiesigen armenischen Generalkonsulat hat einen epileptischen Anfall beobachtet, bei welchem der Angeklagte am ganzen Körper von heftigem Zittern befallen worden war und Schreie vor dem Munde hatte. Ein Landsmann des Angeklagten, Zeuge Ejjian, der ihn seit längerer Zeit kennt, bekundet Einzelheiten über ein

Massaker in Erzerum

im Jahre 1916, durch welches er eine große Anzahl von Verwandten verloren habe. Zwei seiner Brüder und eine Schwester seien deportiert worden. Nach den Beobachtungen des Zeugen ist der Angeklagte nervenkrank und wird öfter von Krämpfen befallen. — Geh.-Rat Dr. v. Gordon: Macht man in Ihren Kreisen

Talaat Pascha als eigentl. Schuldigen

für die Massaker verantwortlich? — Zeuge: Ja. Geh.-Rat Amtsgerichtsrat Schulze-Charlottenburg bekundet, daß der Angeklagte bei seiner ersten richterlichen Vernehmung gesagt habe, er habe schon nach dem Massaker von 1915 den Entschluß gefaßt, Talaat zu töten. — Der Angeklagte erinnert sich nicht, bei seiner ersten Vernehmung eine solche Aussage gemacht zu haben.

Der Verteidiger meint, da die Vernehmung durch Vermittlung eines Dolmetschers stattgefunden, sei ja vielleicht auch eine nicht ganz zutreffende Wiedergabe nicht unmöglich. — Geh. Justizrat Schulze bezweifelt dies. Als er den damals fungierenden armenischen Dolmetscher erjudt habe, dem Angeklagten zu überlegen, daß er als Mörder des Talaat Pascha vernommen werden soll, habe der Dolmetsch ganz entrüstet gesagt:

„Mörder? Er ist ein großer Mann, den wir alle bewundern!“

Zeuge Kaufmann Kulusdian ist bei der ersten richterlichen Vernehmung als armenischer Dolmetsch tätig gewesen. Er gibt zu, bei dieser Gelegenheit gesagt zu haben: vor seinen Augen sei der Angeklagte ein großer Mann. Er habe dies gesagt, weil auch seine Eltern und andere Verwandte im Jahre 1896 Opfer eines türkischen Massakers geworden seien und er deshalb großes Verständnis dafür hatte, daß ein Mann so handle. — Der Zeuge Zigarettenhändler Terri Bolchian kennt den Angeklagten und bestätigt, daß dieser krank sei. — Die Frau dieses Zeugen entwirft aus ihren eigenen Erlebnissen ein geradezu erschütterndes Bild von den armenischen Greueln,

die gelegentlich der Massendeportationen durch die türkischen Polizisten und Soldaten gemüht haben. Die Frau erzählt von den schrecklichen Erlebnissen ihrer eigenen Familie. Vater, Mutter, Brüder seien weggeschleppt worden; von allen seien nur drei gerettet worden. Die Zeugin erzählt geradezu ungeheuerliche Dinge über die Schicksale, die den Deportierten bereitet wurden, von den hauen Leichen, die aufeinandergehäuft lagen, von den Massen, die man aneinandergebunden und ins Wasser geworfen habe, wie man die Unglücklichen am Weinen verhinderte und sie mit Schlägen im Wasser wegstieß, von der Ermordung der Männer im Angesicht der Frauen, von der Vergewaltigung der Frauen und Mädchen durch die Gendarmen und von der körperlichen Verwundung der sich Widerstehenden usw. um. Diese graufige Schilderung errege sichtlich Entsetzen unter der Zuhörerschaft. — Prof. Dr. Riemeyer erklärt hierzu, daß die Aussagen dieser Frau vielleicht als Ausgeburt einer übergroßen Phantasie hier und da ausgelegt werden könnten. Wenn irgend ein Zweifel an dieser Aussage vorhanden sein sollte, so könne er sagen,

daß tausend solcher Berichte notorisch vorliegen.

Jedenfalls bitte er, die beiden Sachverständigen Geh. Rat Lepsius und Excellenz Liman von Sanders zu vernehmen. — Geh. Justizrat Dr. v. Gordon schließt sich diesem Ersuchen an.

Das Gutachten des Prof. Lepsius.

Prof. Dr. Lepsius: Die allgemeine Deportationsorder wurde im April 1915 vom jungtürkischen Komitee beschloffen und von Talaat als Minister des Innern und Enver als Kriegsminister angeordnet. Die Deportation hat die gesamte armenische Bevölkerung der Türkei mit gewissen Ausnahmen betroffen. Vor dem Kriege gab es 1 850 000 Armenier in der Türkei. Die Order ging dahin, die Armenier in den Nordrand der mesopotamischen Wüste zu deportieren. In einem amtlichen Telegramm heißt es:

„Das Verhätungsziel ist das Nichts.“

Das war auch der Sinn der Order. Und für diese Durchführung wurde gesorgt. Von der ostanatolischen Bevölkerung sind kaum 10 Prozent am Ziel angekommen.

Die anderen Männer, Frauen, Kinder sind unterwegs durch Hunger, Krankheit, Massaker umgekommen. Diesen Feststellungen liegen die Berichte der deutschen Konsule und des deutschen Botschafters zugrunde. Nach dem Urteil des Botschafters in Konstantinopel sind

eine Million armenischer Männer, Frauen und Kinder umgekommen. Mäntiger lag es bei den aus Südanatolien, Zisien deportierten Massen. Der Weg war kürzer, auch wurden zum Teil Bahnen benutzt. Diese Bevölkerung ist „nur“ dezimiert worden. Die Armenier sind systematisch dem Tode entgegengeführt worden. Sobald die Konzentrationslager durch Zuzug überfüllt waren, wurden die Leute

in die Wüste geführt und dort abgeschlachtet.

Es war keine Umfriedung, sondern die offene Absicht, ein ganzes Volk zu vernichten. Es liegen sehr realistische Verfassungen in deutschen, englischen und amerikanischen Berichten vor. Nur mit den brutalsten Methoden konnte in so kurzer Zeit eine Million Menschen vernichtet werden. Das hat auch das Kriegsgesicht, das 1916 Talaat, Enver und andere Jungtürken zum Tode verurteilte, feststellt. Möglich war die Durchführung dadurch, daß alle Wadis, Krimakans, die sich weigerten, mit Absehung bedroht wurden. Es besteht ein Kriegsbefehl: Jeder Türke, der den Armeniern Unterstützung leistet, soll vor seinem Haus gefaßt und sein Haus verbrannt werden. So wurde ein Terror ausgeübt. Berühmt blieben 200 000 Armenier in Konstantinopel, Smyrna, Aleppo. Das ist das Verdienst von General v. Bismarck und des deutschen Konsuls von Aleppo Koester. Auch General v. B. Goltz verhinderte in Mossul die Verhätungen. Es wird vielfach so dargestellt, als ob die Maßnahmen eine Folge der Ausbeutung der Türken durch armenische Kaufleute seien. Es war aber keine spontane Volksbewegung, sondern eine

administrative Maßnahme.

Die kaufmännische Bevölkerung von Konstantinopel usw. ist verschont worden, dagegen die 80 Prozent ausmachende Bauernbevölkerung in die Wüsten vertrieben worden.

Die armenische Frage ist eine Folge des Gegenjahres der russischen und englischen Diplomatie. 1895 wurden 50 000, 1896 100 000 Armenier anlässlich der großen anatolischen Rajaszes getötet; ohne daß England oder Rußland einen Finger gerührt hätten. Die Publikationen des Auswärtigen Amtes werden zeigen, daß die deutsche Regierung und insbesondere v. Bismarck, die beide in aller Welt angelehrt wurden, ganz korrekt gehandelt haben (?).

General Excellenz Liman von Sanders sagt den Ausführungen des Prof. Lepsius noch einige Bemerkungen vom militärischen Gesichtspunkte hinzu. Alles, was in Armenien geschehen ist, sei in zwei Taten zu betrachten. Erstens bestand ein Befehl der jungtürkischen Regierung in bezug auf die Deportation der Armenier. Zweitens aber sind die Kämpfe, die in Armenien stattgefunden haben, daraus entstanden, daß die Armenier sich ihrer Haut wehrten gegen die angeordnete Einweisung, der sie sich nicht fügen wollten und daraus, daß sie zugunsten der Russen gegen die Türken aufgetreten sind. Die deutsche Regierung hat alles getan, was sie nach Lage der Dinge damals tun konnte. Sie hat in verschiedenen Fällen durch Vermittlung des Botschafters Graf Wetter nich und des Markgrafen Pallavicini gegen solche Greuel energisch Stellung genommen. In einem besonderen Falle bin ich ganz energisch gegen eine beabsichtigte Deportation eingegriffen und habe gedroht, daß ich die Gendarmen totschließen lassen würde, wenn ein Armenier deportiert würde. Es ist eine der größten Verleumdungen der ausländischen Presse, daß die deutschen Offiziere und auch die Beamten an irgendeiner solchen Greuelmaßregel sich beteiligt hätten.

Die Schilderungen über die Greueln gegen die Armenier werden durch den katholischen Bischofsvertreter Monsignore Krikoris Balskian, der aus Manchester direkt zum Termin gekommen ist, in gebrochener Deutsch in ausgiebigster Weise vermehrt. Der Zeuge hat sich mehrfach in Armenien aufgehalten, auch im Jahre 1915 und 1916. Er ist selbst dem Schicksal verfallen, deportiert zu werden, hat die furchterlichsten Schrecklichkeiten miterlebt und weiß, daß

ein ganzes Vernichtungsprogramm gegen Armenier

bestand und direkt Befehle gegeben wurden, ungezählte Männer, Frauen und Kinder zu töten. Der Zeuge selbst ist nur gewissermaßen durch ein Wunder gerettet worden. Auf Befragen der Verteidiger befragt der Zeuge, daß nicht nur in Armenien allgemein die Ueberzeugung herrscht, daß Talaat Pascha der Verantwortliche für die Greuel war und von ihm die Bemerkung gefallen sei: „Ich habe für die Lösung der armenischen Frage mehr getan, als Abdul Hamid in 30 Jahren.“

Es folgen dann die Gutachten der medizinischen Sachverständigen über den Geisteszustand des Angeklagten. Medizinalrat Dr. Störmer hat keinen Zweifel daran, daß der Angeklagte ein Epileptiker ist. Dies müsse bei der Beurteilung seiner Tat ins Gewicht fallen. Er könne aber nicht sagen, daß § 51 des Strafgesetzbuchs anwendbar sei; der Angeklagte befand sich bei Behebung der Tat nicht in einem epileptischen Zwangsustande, die freie Willensbestimmung war nicht ausgeschlossen.

Prof. Dr. Giepmann schließt sich im allgemeinen diesem Gutachten an. Die schauerlichen Erlebnisse des Angeklagten mit ihren schweren seelischen Erschütterungen haben den Angeklagten in einen Zustand der Affekt-epilepsie gebracht, der ihn anders zu beurteilen zwingt als andere Menschen.

In Uebereinstimmung mit diesem Sachverständigen neigt Prof. Dr. Cassirer der Ansicht zu, daß es sich bei dem Angeklagten um Anfälle handelt, die mit seinem ganzen Seelenleben in engster Verbindung stehen. Er sei durch die graufigen Erlebnisse ein schwerer Psychopat geworden, denn er habe die schwersten seelischen Erschütterungen durchgemacht, die für einen Menschen nur denkbar seien.

Prof. Dr. Förster kommt zu dem Schluß, daß er der persönlichen Ansicht zuneige, daß auf den Angeklagten der § 51 des Strafgesetzbuchs anwendbar sei. — Zu der letzteren Ansicht kommt auch der letzte Sachverständige Dr. med. H. a. k.

Hierauf wird die Verhandlung um 6 1/2 Uhr auf Freitag 9 Uhr vertagt.

600 000 Baumwollarbeiter stehen in Lancashire, England, im Lohnkampf.

# Gewerkschaftsbewegung

## Für die Erhaltung der Gewerkschaften.

Vom 26. bis 28. Mai tagte in Stuttgart der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Anlässlich dieser Tagung und veranlasst durch den bevorstehenden Verbandstag, zu dem der Wahlkampf von den Kommunisten eröffnet wurde unter der Devise: Moskau oder Amsterdam, veröffentlichten 74 von 82 Delegierten gegen die Zermürbung und Verfall der Gewerkschaften durch die Bestrebungen der KPD. folgende gemeinsame

### Erklärung:

Die unterzeichneten Mitglieder des erweiterten Beirates des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die politisch auf dem Boden der SPD und USPD stehen, erblicken in den von der Moskauer Internationale und der KPD. ausgehenden Bestrebungen, die deutschen Gewerkschaften unter das Diktat einer politischen Partei zu stellen, eine schwere Gefahr für die Erhaltung der Aktionsfähigkeit und der Geschlossenheit der wirtschaftlichen Kampffront der Arbeiterklasse.

Um erfolgreich für die Arbeiterklasse und den Sozialismus wirken zu können, müssen die Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen unbedingt an der Demokratie und dem Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder festhalten und alle Versuche der Errichtung einer Parteidiktatur in den Gewerkschaften, die diese zu zersprengen droht, auf das entschiedenste zurückweisen.

Im internationalen gewerkschaftlichen Zusammenwirken der Arbeiterklasse finden deren Bestrebungen ihren sichtbarsten und mächtigsten Ausdruck in der

### Gewerkschafts-Internationale in Amsterdam,

die die Arbeiter aller Länder nicht nur zur erfolgreichen Abwehr der Übergriffe des Kapitalismus auf die Rechte der Arbeiter, sondern auch zum Aufbau der Wirtschaft im sozialistischen Sinne zusammenschließt.

Von dieser Grundtatsache ausgehend, ist die gegenseitige Unterstützung in der Abwehr der von Moskau ausgehenden Bestrebungen der Errichtung einer Parteidiktatur in den Gewerkschaften in die vorderste Linie zu stellen. Das ist insbesondere auch bei der Aufstellung und Wahl der Kandidaten zum kommenden Verbandstag zu berücksichtigen.

Unter Wahrung des Entscheidungsrechts der örtlichen Mitgliedschaft über die Bestimmung der Kandidatenvorschläge nach dem Wahrgesetz ist möglichst auf eine Verständigung unter den, den obigen Grundfragen zustimmenden Mitgliederkreisen hinzuwirken.

### Unterzeichner:

Bernard, Frankfurt a. M. Böcker, Köln. Brandes, Stuttgart. Bredow, Berlin. Bremer, Erfurt. Bringmann, Hildesheim. Buse, Bielefeld. Carl, Neufahr a. d. D. Dammann, Stuttgart. Gittelberg, Witten. Gschner, Nürnberg. Henke, Hannover. Jini, Belbert. Fischer, Aachen. Fischer, Ludwigshafen. Fischer, Neuwied. Franke, Stettin. Freitag, Hagen i. W. Garbe, Kiel. Gröfingholt, Solingen. Grail, Berlin. Groos, Osnabrück. Haas, Köln. Hoefe, Stuttgart. Handke, Breslau. Hennig, Merseburg. Heide, München. Hoffmeister, Rattow. Holzbauer, Stuttgart. Hugger, Stuttgart. Kempens, Hamburg. Klette, Düsseldorf. Koch, Adersleben. Köhler, Königsberg. Kurz, Stuttgart. Landgraf, Bremerhaven. Liebs, Dresden. Matthes, Jena. Müller, Jöh. Dettinghaus, Wevelsberg. Pieper, Witten a. d. A. Reichel, Stuttgart. Reichle, Geislingen. Reinhardt, Nordhausen. Ripper, Erlangen. Röhr, Hannover. Rößler, Halle a. d. S. Rutsch, Brandenburg. Schäfer, Stuttgart. Schedt, Stuttgart. Scheffler, Berlin. Schloßfeldt, Stuttgart. Schmidt, Bephar. Schütte, Königsberg. Schulenburg, Karlsruhe. Schulz, Hamburg. Schwenzle, Stuttgart. Spiegel, Bielefeld. Steinhauer, Essen. Stetter, Stuttgart. Teichgraber, Leipzig. Timm, Breslau. Lott, Stuttgart. Ufermann, Stuttgart. Umrath, Nürnberg. Ulrich, Berlin. Vorhöfger, Stuttgart. Wallbrecht, Köln. Weiler, Dortmund. Wendler, Stuttgart. Werner, Stuttgart. Bernthaler, Augsburg. Wolf, Essen. Ziska, Berlin.

### Keine Erwerbslosenunterstützung nach Streikfolgen?

Der Reichsfinanzminister hat sich dahin entschieden, daß die Gewährung der Reichsbeiträge zur Erwerbslosenunterstützung für den Fall unzulässig sei, daß die betreffende Gemeinde oder der Kreis diese Unterstützung auch für den Fall eines Streiks gewährt. Diese Entscheidung ist in voller Übereinstimmung mit dem preussischen Wohlfahrtsminister getroffen. Der Reichsfinanzminister vertritt gegenüber den in dieser Hinsicht geäußerten Bedenken die Auffassung, daß unter Ueberdeutung der zulässigen Höchstätze im Sinne der Erwerbslosenverordnung die Gewährung jeder über das gesetzlich zulässige Maß hinausgehenden Beihilfe zu verstehen sei. In Verfolg dieser Entscheidung hat der Reichsfinanzminister jüngst einem Kreiswohlfahrtsamt die Reichsbeiträge auf 6 Wochen entzogen, weil das Wohlfahrtsamt entgegen den Bestimmungen der Erwerbslosenverordnung die Unterstützung bei einer durch Streik verursachten Erwerbslosigkeit gezahlt hatte.

Der letzte Satz ist unklar. Daß Streikende keine Erwerbslosenunterstützung beziehen, damit müssen sie sich abfinden. Werden Streikende aber entlassen und nicht wieder eingestellt, dann werden

modere Bureaufrauen daraus der Schluß ziehen, die nachfolgende Erwerbslosigkeit sei durch den Streik bemittelt. So geht das nicht! Soll es doch Unternehmer geben, die einen Streik in ihrem Betriebe direkt provozieren, um einen Teil der Arbeiter unter Umgehung der geltenden Bestimmungen auf diese Weise zu entlassen. Sollen dann die brotlos Gewordenen durch die Vorenthaltung der Erwerbslosenunterstützung mit ihren Familien ganz und gar dem Elend überantwortet werden? Das wäre Wasser auf die Moskauer Mühlen, ganz abgesehen von der schreien Ungerechtigkeit. Auch den mittelbar durch Streikanlässe erwerbslos gewordenen Arbeitern und Arbeiterinnen muß die Erwerbslosenunterstützung zuteil werden, wenigstens nach Ablauf einer kurzen Karenzfrist, die seit der Beendigung des Streiks verstrichen ist. Das Reich darf Streikende nicht noch nach Wochen und Monaten nach Beilegung des Streiks durch Verjagung der Erwerbslosenunterstützung in denkbar schlimmster Weise schädigen, weil die Streikenden durch den Versuch, ihre Lage zu verbessern oder deren Verschlechterung abzuwehren, ihren Erwerb verloren haben.

Der Reichsfinanzminister, der sich von den Löhnen der Arbeiter und den Gehältern der Angestellten den Zehnten gesichert hat, dürfte nicht übersehen, daß bei dem Verhalten vieler lahm wie feuer scheuen Unternehmer die Streiks nun einmal eine unvermeidliche Erscheinung des Wirtschaftslebens sind, mit der zu rechnen ist.

### Tariffragen der Film- und Kinoangehörigen.

In einer Versammlung des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen am Mittwoch im „Alten Klonier“ wurde über die Kündigung des Lohnarbeitsvertrages verhandelt. Schneiderhaus wies darauf hin, daß seitens der Unternehmer auf dem Aufbau der Löhne hingearbeitet werde, obgleich diese jetzt schon nicht mehr zur Aufrechterhaltung einer notwendigen Existenz ausreichen. Es liege auch kein stichhaltiger Grund für die Unternehmer dazu vor, bei der Bezahlung der nebenzerrüttenden Arbeit noch sparen zu wollen, zumal es ihnen bei der Konkurrenz um Erwerb eines Films auf einige tausend Mark nicht ankomme. Es handle sich nun darum, ob die Kollegen sich den bisherigen Tarif kündigen wolle. Voraussichtlich werde dieser auch von den Unternehmern gelündigt werden. Nicht nur die Löhne, sondern auch der freie Tag und der Urlaub würden in Frage kommen.

Nachdem auch Dohl hierzu gesprochen hatte, wurde einstimmig beschlossen, den Unternehmern die Kündigung zu überreichen und in dieser darauf hinzuweisen, daß der deutsche Arbeiterverband in Verbindung mit der Filmgesellschaft steht, also in die Kündigung einbezogen werden müsse.

Als Delegierter zum Gewerkschaftstag wurde Dörbrieh und in die Tarifkommission wurden Ansbach, Schneiderhaus, Dohl, Schweng, Rohr und Dörbrieh gewählt.

### Beamtenbund und freie Gewerkschaften.

Die kürzlich der Eisenbahnerverband hat nunmehr auch der erweiterte Vorstand des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu den Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Deutschen Beamtenbund über Abschluß eines Kartellvertrages am 28. Mai Stellung genommen und einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

„Der erweiterte Vorstand nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Deutschen Beamtenbund über Abschluß eines Kartellvertrages.

Er stellt mit Bedauern fest, daß diese Verhandlungen geführt worden sind, ohne daß den Vertretern der interessierten Verbände vorher Gelegenheit gegeben worden ist, sich in besonderer Verbindung mit dem Vorstand des ADGB. eingehend zu dieser für sie wichtigsten Angelegenheit zu äußern.

Der vom Vorstand des ADGB. in der gemeinsamen Sitzung vom 20. April d. J. vorgelegte Entwurf eines Kartellvertrages nimmt keinerlei Rücksicht auf die Rechte, die den Verbänden des Transport- und Verkehrspersonals bezüglich der Organisation der Beamten gewährt sind. Durch einen Vertragsabschluss auf dieser Grundlage würde der Deutsche Transportarbeiterverband nicht nur erheblich geschädigt, sondern auch der Weiterbestand einzelner Gruppen und deren Aktionsfähigkeit geradezu in Frage gestellt werden. Der erweiterte Vorstand stellt sich daher veranlaßt, gegen Form und Inhalt des Entwurfs nachdrücklich Einspruch zu erheben.

Inzwischen hat ja der Beamtenbund erklärt, daß er sich für alle Fälle freies Entschlußrecht vorbehält, das heißt, je nach der Konjunktur bald nach rechts, bald nach links kippen will. Damit dürfte für die Gewerkschaften die Lage geklärt sein.

Lohnabbau in der Metallindustrie des Saargebietes. Am Mittwochabend trat in Saarbrücken unter dem Vorsitz des Bürgermeisters ein aus zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern bestehender Ausschuß der saarländischen Metallindustrie zusammen, um über die Frage des Lohnabbaues in letzter Stunde zu einer Einigung zu kommen. Die Arbeitgeber wollten nicht verhandeln, da die Arbeit in den Werken eingestellt ist. Schließlich kam es zu folgendem Einigungsvorschlag. Der Lohnabbau soll betragen: im Juni 5 Proz., im Juli weitere 5 Proz., und ab 1. August 20 Proz. des Tariflöhnes oder 15 Proz. des Gesamtlöhnes. Die in Aussicht gestellte Erhöhung der Frauen- und Kinderzulage soll erst im Juli erfolgen und zwar um die Hälfte des Sahes, um dann im August voll einzutreten.

Für Brebach tritt für Juni noch kein Abbau ein. — Es soll versucht werden, die Arbeiter unter diesen Bedingungen wieder in die Betriebe zu dringen. Falls nicht binnen drei Tagen die Arbeit wieder aufgenommen wird, halten sich die Arbeitgeber an diesen Vorschlag nicht mehr gebunden.

Nachträglich wird nach Angabe der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet, daß infolge der Einigung die Arbeit in den Werken wieder aufgenommen sei.

vielen Leser dieser Zeilen mit nicht gelungen sein, so bitte ich hiermit aufrichtig darum, mir jetzt noch Seligheit zu geben, den Fehler wieder gutmachen zu dürfen, ganz gleich, wieviel Monate oder Jahre darüber vergangen sein mögen, und ganz gleich, was es mich kosten mag. Schreiben Sie mir ein paar Zeilen oder, besser, besuchen Sie mich am Spittelmarkt, Wallstr. 1, im Direktionszimmer, zum mindesten telefonisch. Sie mit unter Zentrum 112 18. Ich möchte gern jedem, der Augengläser benötigt, so helfen, wie es emanet. Kein Mittel will ich daran unberührt lassen. Nur darum gebe ich meine Garantie, wonach ich jeden Metallteil der Double- und Goldfassung unison repariere oder neu ersehe in der Garantiezeit von 1-4 Jahren. Nur darum garantiere ich für passende Augengläser

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Die Wahl am 28. Mai zur Beantwortung der drei Fragen über die Beschickung des Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale am 1. Juli 1921 hatte folgendes Ergebnis: Es wurden abgegeben insgesamt 5906 Stimmzettel. Für Frage 1 waren 2119, dagegen 3184 Stimmen; für Frage 2 waren 2120, dagegen 3186 Stimmen; für Frage 3 waren 2116, dagegen 3187 Stimmen. Ungültig waren 73 Stimmen, somit sind die drei Fragen abgelehnt. Protokolle sind nicht eingelaufen. Wahlleiter: A. Lippoldt.

### Warum streifen die Potsdamer Straßenbahner?

Sie forderten gemeinschaftlich mit den übrigen städtischen Arbeitern eine Teuerungszulage, die diesen zugesandt, ihnen aber verweigert wurde. Und zwar formell aus dem Grunde, weil der Magistrat als Unternehmer dem Arbeitgeberverbande angeschlossen ist, materiell, weil die Straßenbahn Defizit mache. Ein verheirateter Straßenbahner erhält nach Abzug aller Beiträge durchschnittlich 850 M. Monatslohn. Er steht sich um 125 M. schlechter wie jeder andere städtische Arbeiter. Dabei ist er zu Nachdienst und Sonntagsdienst ohne Lohnzuschlag verpflichtet und ist verantwortlich für die Betriebssicherheit und die Fahrgelder. Das viel zu hoch angelegte Defizit ist mit zurückzuführen auf verfehlte Maßnahmen im Vorjahre führten die Einfuhrwagen nach dem Depot, wenn der stärkste Verkehr einsetzte, mittags kamen sie zu früh wieder heraus und fuhrten die ersten Stunden fast leer. Es wurden Arbeiterstellen eingeführt, die um 10 Proz. billiger sein sollten als die Einzelfahrerpreise, während sie sich in Wirklichkeit teurer stellten. Eine vierköpfige Familie zum Beispiel, die von Kottbuser, Plantagenstraße, bis Potsdam, Kronprinzstraße, fährt, muß bei der Arbeiterkarte die Fahrt um 1,10 M. teurer als bei einfachen Fahrgästen bezahlen. Die Folge solcher Verkehrspolitik ist ein Abwandern der Fahrgäste und Einnahmeverlust. Trotzdem soll in den letzten Monaten eine erhebliche Mehrerhöhung zu verzeichnen sein. In öffentlicher Versammlung am Dienstag im „Alten Krieg“ wurde die Sachlage dargestellt. Der Streik wurde als berechtigt erklärt und den Streikenden volle Sympathie ausgesprochen. Ein offizieller Magistratsvertreter fehlte. Auf Grund der angeforderten Entlassung wurden auch die Kontrolleure aus dem Betrieb gezogen, die bis dahin Rotfahndarbeiten als Wächter berichteten.

Aus der ganz unhalbbaren Situation, daß die Straßenbahner schlechter entlohnt werden als irgend ein anderer städtischer Arbeiter in Potsdam, muß ein Ausweg gefunden werden. Mit der „Entlassung“ kommt die Straßenbahn nicht in Betrieb. Die Straßenbahner haben ein Anrecht auf ordentliche Entlohnung und das Publikum ein Anrecht auf Fahrgelassenheit.

Betriebsung. In der Generalversammlung der Gewerkschaftskommission am 30. Mai, wo Bollmerhaus über die finanziellen Schwierigkeiten der Landesversicherung Bericht erstattete, ist ein Jertum unterlaufen. Die Einnahmen der Landesversicherungsanstalt betragen nicht 14,4 Millionen, sondern circa 65 Millionen. An Rentenzahlungen, Witwenlohn und Waisenrenten wurden ausgegeben 42,8 Millionen. Für Heilberfahren betragen die Ausgaben im Frieden 3,1 Millionen, im letzten Geschäftsjahre über 24,8 Millionen, wovon die Heilstätte Veelty allein circa 21 Millionen benötigte. Unter Hinzurechnung anderer Heilberfahren und der allgemeinen Verwaltungskosten bleibt ein Fehlbetrag von über 18 Millionen. Gewerkschaftskommission Berlin u. Umgegend, SD 16, Engelfufer 14/15.

Deutscher Transportarbeiterverband. Chemische Branche. Untergruppen Chemischer Großhandel, Einzelhandel und Feinchemie. Versammlung Sonnabend 7 Uhr bei Wilhelm Schulz, Elisabethstr. 80 (nahe Alexander-Passage). Bekanntgabe des Schiedspruchs. Jeder Betrieb muß wenigstens zwei Vertreter entsenden. Die Branchenleitung.

Freie Scherzgewerkschaft. Sonnabend 7 Uhr im Rathons, Zimmer 6, Gesellschaftsraum.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der „Allgemeine Rätische Touristen-Club der Heimatwanderer“ veranstaltet am 5. Juni eine botanische Wanderschaft durch den Wildpark unter Führung des Herrn Lehrer Reind. Zülicher. Treffpunkt der Teilnehmer 9 Uhr Bahnhof Wiltberg. Gäste willkommen. — Deutsche Friedensgesellschaft. Freitag, den 3. Juni, abends 7 Uhr, im Bürgeraal des Rathons. Ratsstr. 80, Versammlung. Thema: „Die Stellung der Frau zum Kaiserreich“. Referent: Fräulein Alwine Weilmann.

Reinhold. für den redbell. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Krugel: Dr. Wode, Berlin. Berlang: Nordstr. 10, Berlin. Druck: Nordstr. 10, Berlin. Verlagsanstalt Carl Ziemer u. Co., Berlin. Stadterstr. 3. 3. Juni 1. Beilage.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung. Apotheke Rich. Brandts Schweizerpillen (Ablührpillen). Gertraudenstraße 20-21.

### Glauben Sie an Sympathie?

Ich glaube fest daran. Ich halte sie für das einzige wirksame Mittel, mir meine Kundschaft zu erhalten. Deshalb lege ich so großen Wert darauf, daß jeder, der eines meiner 30 Geschäfte besucht hat, dies mit dem Gefühl verlassen soll. Hier bist du gut bedient worden, hier kannst du mit Vertrauen wieder kaufen. Ihre Sympathie ist es, auf die ich Wert lege. Vielleicht ist mir nicht immer geglikt, was ich erstrebe, weil ich nicht überall persönlich sein kann, aber es ist mein aufrichtiger Wunsch, wie die Sympathie meiner Kunden zu erwerben und zu erhalten. Und sollte es bei einem der

Sind's die Augen — geh zu Rubnke! C Spittelmarkt, W Friedrich-Str. 193a, SO Oranien-Str. 44, N Friedrich-Str. 106, NW Friedrich-Str. 150, Charlottenburg, Schöneberg. SW Belle-Alliance-Str. 4, W Leipziger Str. 113, S Roskauer Dam 10, N Chaussee-Str. 72, Wilmersdorf, Berlin. SW Belle-Alliance-Str. 4, W Leipziger Str. 113, S Roskauer Dam 10, N Chaussee-Str. 72, Wilmersdorf, Berlin.